

einen die vielfältigen Vorkehrungs- und Vorsichtsmaßnahmen, die einen reibungslosen Ablauf der Prüfungen garantieren sollen, an; so z.B. das Blockieren von Textnachrichten vom Mobiltelefonen, die teilweise während der Prüfungen gesendet werden, um Aufgabenlösungen zu bekommen. Zum anderen verband sich mit dem jährlichen Großereignis aber auch eine Diskussion über die Lehrmethoden sowie über das universitäre Curriculum und wie sehr, bzw. wie wenig, dieses den Ansprüchen des Arbeitsmarktes gerecht wird.

Da den chinesischen Studierenden oftmals die Fähigkeit, selbstständig zu denken und nach Problemlösungen zu suchen, abgesprochen wird, was Kritiker der Lehr- bzw. Lernmethode des Auswendiglernens zuschreiben, legen einige Universitäten mittlerweile wert darauf, die „integrierten Qualitäten“ ihrer Absolventen zu verbessern, so ein Bericht von Xinhua (XNA, 7.6.05). Ein weiterer Kritikpunkt besteht in dem Mangel an sozialer Kompetenz. Die Universität Fudan in Shanghai und die Universität Beijing planten deshalb, die Ausbildung sozialer Kompetenz nicht mehr vom akademischen Lernstoff zu trennen. Wie Xinhua berichtete, solle den Studierenden künftig mehr Verantwortungsbewusstsein vermittelt werden.

Das Curriculum chinesischer Hochschulen wird vor allem von Unternehmerseite als zu wenig praxisorientiert beurteilt. Derzeit stehe ihrer Meinung nach die Vermittlung von theoriebezogenen Fähigkeiten im Vordergrund, die nur in der Forschung Anwendung fänden. Die Verantwortung für diesen Missstand lässt sich zunächst gemäß der Kritik von Privatunternehmern den Hochschulen und den bildungspolitischen Vorgaben zusprechen, sollten diese doch dafür sorgen, dass sich die Absolventen selbstständig auf die Arbeitssuche begeben können und dazu ihr Fachwissen an die unterschiedlichen Anforderungen des Arbeitsmarktes flexibel anpassen können. Wie in einem Artikel in der *Guangming Ribao* aller-

dings beleuchtet wurde, kann ebenso ein Appell – vor allem – an die Privatwirtschaft gerichtet werden, ihre Anforderungen an die Absolventen darzulegen und mit Kooperationsangeboten zur Behebung der Defizite beizutragen. (GMRB, 8.6.05; XNA, 3., 5., 7.6.05; SCMP, 7.6.05; ST, 8., 29.6.05; FAZ, 8.6.05)

21 Schüler und Studierende als Zielgruppe im Antikorruptionskampf

Nachdem im Juni 2005 in der Hongkonger Tageszeitung *South China Morning Post* berichtet wurde, dass im Antikorruptionskampf künftig auch der Blick auf die Ehefrauen von Funktionären gerichtet werden solle (vgl. Dokumentation unter der Rubrik „Innenpolitik“ in diesem Heft), scheint die Kampagne der parteistaatlichen Führung nun auch die Schüler und Studierenden erreicht zu haben.

Im Juli 2005 war Berichten des chinesischen Bildungsministeriums zu entnehmen, dass eine Reihe von Schulen und Hochschulen im Antikorruptionskampf um eine Prävention von Korruption gemäß des „Durchführungsabrisses zur Errichtung und Vervollständigung eines Systems zur Bestrafung und Verhütung von Korruption mittels gleichermaßen perfektionierter Erziehung, Regelung und Überwachung“, der im Januar d.J. in der Parteizeitung *Renmin Ribao* veröffentlicht worden war, bemüht ist (vgl. C.a., 1/2005, Dok 14). So seien auch an Bildungseinrichtungen, die nicht der Partei unterstellt sind, landesweit Erziehungskampagnen gestartet worden. Auf diese Weise sollten die Schüler und Studierenden für das Problem sensibilisiert werden. Bildungsbehörden auf Provinzebene hätten ebenfalls Schulungsveranstaltungen abgehalten, um dieses Thema an den Nachwuchs heranzutragen und sie in Standhaftigkeit und Ehrlichkeit zu unterweisen.

Wie diese Meldungen zeigen, scheint es der parteistaatlichen Führung sowie den staatlichen Institutionen keineswegs an dem Bewusstsein zu

mangeln, wie weit verbreitet Korruptionsdelikte in der VR China sind und wie tief die Wurzeln des Übels reichen. Mit der Aufklärungsarbeit über die verheerenden Folgen von Korruption für das gesamte wirtschaftliche, wie auch gesellschaftliche System der VR China bei Schülern und Studierenden noch vor dem Einstieg ins Berufsleben zu beginnen, könnte dabei ein geeigneter Ansatzpunkt im Antikorruptionskampf sein. (www.moe.gov.cn, 28.7.05; *Der Spiegel* online, 30.7.05)

Gesellschaft

Günter Schucher

22 Gesundheitsreform gescheitert

Nicht nur die Ausbrüche neuer und z.T. überwunden geglaubter Krankheiten, auch Meldungen über die finanziellen Probleme für viele Bürger, vor allem auf dem Lande, sich medizinisch behandeln zu lassen, haben das chinesische Gesundheitssystem im letzten Jahr in den Schlagzeilen gehalten. Mit seiner Situation befasste sich am 1. Juli in Beijing eine gemeinsame Konferenz verschiedener Regierungsabteilungen und Parteiorgane, darunter die Propagandaabteilung der KP, das Erziehungsministerium und die politische Abteilung der Volksbefreiungsarmee. Der Gesundheitsminister Gao Qiang gab einen Bericht mit dem Titel „Develop the Cause of Health and Medical Treatment and Make a Contribution to the Building of a Socialist, Harmonious Society“, der zugleich andeutet, welche Bedeutung der Angelegenheit für den Erhalt sozialer Stabilität beigemessen wird.

Das Gesundheitswesen, hob Gao hervor, beeinflusse unmittelbar das Wohlbefinden der Bevölkerung und werde daher auch als Maßstab für die Erfolge wirtschaftlicher Entwicklung, für die Regierungskapazität sowie die Fähigkeit von Partei und Regierung genommen, eine harmo-

nische und faire Gesellschaft zu errichten. Entsprechend massiv seien die Reaktionen der Bevölkerung auf die schwierig und teuer zu erhaltene medizinische Versorgung. Die Hauptgründe für die großen Probleme sieht er (1) in den generell unzureichenden medizinischen Ressourcen, die hinter der ökonomischen Entwicklung zurückgeblieben sind, (2) in der Konzentration dieser Ressourcen in großen Krankenhäusern und damit einem Mangel an Allokationsrationalität, (3) in der „unge-sunden“ Beschränkung der Versorgung auf zu wenige Menschen, (4) in der Profitorientierung öffentlicher Gesundheitseinrichtungen, die das öffentliche Interesse aus dem Auge verloren haben, (5) im chaotischen Zustand der Produktion und Verteilung von Medikamenten und medizinischen Ausrüstungen sowie (6) in den Schwierigkeiten, private Investitionen zu mobilisieren.

Deutlicher als Gao äußerte sich das Development Research Centre des Staatsrats in einer Studie, die es gemeinsam mit der WHO erstellt hat. Danach ist die Gesundheitsreform gescheitert und medizinische Versorgung zu einem exklusiven Privileg der Reichen verkommen. Für die Landbevölkerung sei selbst die Grundversorgung praktisch nicht gegeben, aber auch in den Städten können sich Arme keine medizinische Versorgung leisten. 48,9% der Kranken, die medizinische Behandlung bräuchten, gehen laut einer Untersuchung von 2003 aus Kostengründen nicht zum Arzt. Selbst die Krankenversicherung stehe in der Gefahr zu einem „Klub der Reichen“ zu werden, da sie nur 100 Mio. Städter und 10% der Landbevölkerung einbeziehe. Während das Gesundheitssystem vor 20 Jahren die gesamte Bevölkerung kostenlos versorgte, sei es heute eines der am wenigsten effizienten und ungleichsten der Welt. Die WHO listet China in der Rangfolge der Fairness bei der Verteilung medizinischer Ressourcen weltweit an der vierten Stelle von unten.

Als Wurzel des Problems bezeichnet die Studie die Kommerzialisierung der Gesundheitseinrichtun-

gen. Einstmals vollständig staatlich finanzierte Krankenhäuser würden heute von Behandlungsgebühren und Medikamentenverkäufen abhängig sein, um ihr Personal zu bezahlen. Die staatlichen Mittel an den Haushalten der Krankenhäuser sind von 30% in den 70er und 80er Jahren auf 7,7% im Jahre 2000 zurückgegangen. Insofern würden sie Patienten zu teuren Behandlungen verleiten oder deren gesundheitlichen Zustand sogar absichtlich verschlechtern, um sie länger und kostspieliger behandeln zu können. Auch Bestechungsgelder seitens pharmazeutischer Unternehmen spielen hier eine Rolle.

Diese Vorwürfe wurden auch vom Gesundheitsminister Anfang August bestätigt; Gao nannte die Krankenhäuser „over-commercialised“. Obwohl die Zahl der Patienten von Jahr zu Jahr abnehme, verzeichneten die Krankenhäuser in ihren Einnahmen zweistellige Zuwächse. Von 2000 bis 2003 sei die Zahl der Patienten in staatlichen Krankenhäusern um 4,7% gefallen, die Einnahmen aber seien um 70% gestiegen. Ein Kinderarzt aus Shenyang in der Provinz Liaoning wies darauf hin, dass vor allem die Sorge um ihre Kinder von den Ärzten ausgenutzt werde, um Familien zu teuren Behandlungen zu veranlassen. Durch Verschreibung teurerer, aber nicht besserer Medizin könnten Kinderärzte pro Monat ihr Gehalt um 2.000 Yuan (250 US\$) steigern.

Auch die staatliche Krankenversicherung hat Existenznöte; die Ausgaben sind bereits seit vier Jahr größer als die Einnahmen. Grund dafür, so der Direktor der Abteilung für Krankenversicherung im Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherung, Yao Hong, vor einem chinesisch-amerikanischen Gesundheitsforum in Beijing Anfang Juli, sei das sich ständig verschlechternde Verhältnis von Beschäftigten (also Einzählern) zu Rentnern, das von 1:3,2 im Jahre 2000 weiter auf 1:2,6 Anfang 2005 gefallen sei. In manchen Städten sei es noch niedriger, in Shanghai z.B. 1:1,53. Ende Mai 2005 waren 129 Mio. Menschen in die Krankenversicherung einbezogen,

darunter 27% Rentner.

Die alten Menschen würden nicht nur länger leben als früher, sondern auch mehr an chronischen und kostenaufwendigen Krankheiten leiden wie Diabetes, Krebs u.a. Auch sei das legale Rentenalter zu niedrig. Bei seiner Festlegung in den frühen 50er Jahren lag es durchschnittlich bei 51,7 Jahren und die Lebenserwartung betrug 39 Jahre. Heute sei sie auf 70 Jahre gestiegen, aber in defizitären Staatsbetrieben würden Frauen schon mit 45 in Rente geschickt. Dennoch, so der Ministeriumsvertreter, wolle man die Gesundheitsversorgung auf die Migranten und ihre Familien ausweiten.

Das Gesundheitsministerium ist nach Aussagen eines nicht genannten Beamten dabei, eine neue Reform zu erarbeiten, aber weder Einzelheiten noch das Datum der Veröffentlichung konnten von der berichtenden Zeitschrift *China Youth Daily* in Erfahrung gebracht werden. Unterdessen wurde Anfang April die erste private Gesundheitsversicherung errichtet. Die deutsche DKV hält 19% der Anteile an der China People's Health Insurance. Fünf weitere Gesellschaften wurden von der China Insurance Regulatory Commission zugelassen. (XNA, 8.4.05; XNA, 1.7.05, nach BBC PF, 3.7.05; SCMP, 12., 30.7.05; ST, 6.8.05; CD, 5.8.05)

23 Leere Kassen in der Rentenversicherung

Mitte April demonstrierten über 1.500 verrentete Angehörige der Volksbefreiungsarmee in Beijing für die Erhöhung ihrer Renten. Diese größte Protestaktion von Veteranen seit 1949 wies auf ein grundsätzliches Problem im sozialen Sicherungsnetz hin, das auch schon verschiedentlich freigesetzte Beschäftigte von Staatsunternehmen auf die Straße getrieben hat: Das Scheitern der Rentenreform. Ende der 80er Jahre war mit der Einrichtung eines überbetrieblichen Rentensystems begonnen worden, um die für die Modernisierung erforderliche Mobilität der Arbeitskräfte zu

ermöglichen. Diese erhielten bis dahin ihre Rentenzahlungen von den „Einheiten“ (*danwei*), bei denen sie in der Regel lebenslang beschäftigt waren. Seitdem wurden mit Mitteln der Betriebe und der Beschäftigten staatliche Rentenfonds eingerichtet.

Diese ursprünglichen Ansätze, die noch auf dem „pay-as-you-go“-System beruhten, wonach die jeweilige Generation der Beschäftigten die derzeitigen Renten über ihre Einzahlungen finanziert, wurden Mitte der 90er Jahre reformiert und um individuelle Konten ergänzt. Diese sind allerdings vielfach „leer“, da die Lokalregierungen in ärmeren Provinzen sich dieser Mittel bedienen, um die defizitären Rentenkassen auszugleichen. Schon von 1998 bis 2002 ist die Zentralregierung mit 129,4 Mrd. Yuan eingesprungen, um die Provinzen zu unterstützen; denn 1998 waren die Rentenfonds in 21 der 31 Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten in den roten Zahlen.

Hauptgrund dafür ist die ständig steigende Zahl der Rentner (s.o.). Ende 2004 hatte China nach Angaben des Arbeitsministeriums 46,75 Mio. Rentner, 1,52 Mio. mehr als im Vorjahr. Die Rentenversicherung schloss 163,53 Mio. Menschen ein, 8,47 Mio. mehr als 2003. Die Versicherungseinnahmen betrugen 425,8 Mrd. Yuan, die Ausgaben 350,2 Mrd., was jeweils einen Anstieg um 15,7% bzw. 12,2% bedeutete.

Angesichts der großen Probleme startete der Staatsrat im Jahre 2000 ein Pilotprojekt für ein neues Rentenversicherungssystem in der Provinz Liaoning, das u.a. verhindern soll, das lokale Beamte die Einzahler um ihre individuellen Rücklagen berauben. Die *empty accounts* glich die Zentralregierung aus; 2004 gab sie 146,5 Mrd. Yuan für die soziale Sicherung aus, die Lokalregierungen zahlten ein Drittel dieser Summe. Im Mai 2004 wurde das Pilotprojekt auf die beiden anderen nordostchinesischen Provinzen Heilongjiang und Jilin ausgeweitet, eine landesweite Ausweitung wird für 2006 erwartet. Aber auch dann wird die Zentralregierung noch

zwei bis drei Jahre die individuellen Konten subventionieren, außer in den sieben reicheren Provinzen und Städten wie Beijing, Shanghai und Guangdong.

Von der Landbevölkerung waren Ende 2004 allerdings erst 53,78 Mio. Menschen in ein ländliches Rentenversicherungssystem einbezogen und 2 Mio. erhielten Rentenzahlungen. Die Entwicklung dieses Systems erfolgt seit den 90er Jahren „im Einklang mit dem Niveau der lokalen sozioökonomischen Entwicklung“. Ende 2003 war es in unterschiedlichem Maße in 1.870 Gemeinden, Städten und Distrikten verwirklicht. Die Versicherungsprämien werden hauptsächlich von den Bauern gezahlt und durch kollektive Mittel ergänzt.

2004 hat die Regierung damit begonnen, versuchsweise in Chongqing, Sichuan, Yunnan, Gansu und Qinghai die Renten von Familien aufzustocken, die entsprechend der Familienplanungspolitik nur ein Kind oder zwei Mädchen haben. Jeder der beiden Eltern erhält in diesem Fall mindestens 600 Yuan pro Jahr ab dem 60. Lebensjahr. 310.000 Rentner profitierten dabei von Zahlungen der Zentralregierung, weitere 500.000 erhielten Mittel aus ähnlichen Programmen der Lokalregierungen. Ab diesem Jahr sollen 1,35 Mio. in 23 Provinzen in den Genuss dieser Politik kommen, die einen Wandel in der Familienplanungspolitik darstellt, die bisher auf Strafen für Verstöße ausgerichtet war; nächstes Jahr könnten es nach Aussagen der Vizedirektorin der Staatlichen Bevölkerungs- und Familienplanungskommission Pan Guiyu in ganz China bereits 2-3 Mio. Landbewohner sein und die Regierung würde dann 1 Mrd. Yuan dafür aufwenden. (XNA, 19., 25.5., 3.6.05; SCMP, 10.6.05; ST, 30.7.05)

24 Vogelgrippe, Schweinepest und falsche Impfstoffe

Seitdem es der chinesischen Regierung gelungen ist, den Ausbruch von SARS über mehrere Monate geheim zu halten, ist die internatio-

nale Öffentlichkeit extrem sensibilisiert, was das Vorkommen „mysteriöser“ Krankheiten in China betrifft. Dies gilt umso mehr als SARS in den großen Städten auftrat, während viele andere Krankheiten in ländlichen Gebieten vorkommen, die weit besser abzuschirmen sind, wo allerdings aufgrund der unzureichenden Gesundheitsversorgung auch die Risiken weit höher sind.

So alarmierten Ausbrüche der Vogelgrippe unter Zugvögeln und Geflügel in den nordwestlichen Provinzen Qinghai und Xinjiang die Weltgesundheitsorganisation WHO, zumal die Zugvögel bei ihrer Migration im Herbst dann den H5N1-Virus leicht verbreiten können. Die chinesischen Behörden reagierten rasch und ließen die Naturreserve für Besucher schließen und weiträumig absperren. Aber die Experten der WHO wurden erst drei Wochen später nach Qinghai gelassen, wo sie dann feststellen konnten, dass bereits 5.000 Vögel tot waren und täglich weitere 20 starben. Das Virus war damit weit tödlicher als zunächst gedacht. Allerdings wurden keine Vögel gekeult, da es sich um seltene und geschützte Spezies handelt. Anders in Xinjiang, für das Ende Juni auch eine Reiseerlaubnis erteilt worden sein soll. Dort waren bereits Anfang Juni 2.000 Hausgänse gestorben und weitere 13.000 gekeult worden.

Die WHO und andere befasste UN-Organisationen bestätigten zwar, dass China die Krankheit äußert ernst nehme, beklagten aber unzureichende Transparenz. So würden ihnen keine Informationen über das Virus mitgeteilt. In diesem Zusammenhang bleibt auch die Aussage, Menschen seien bisher nicht betroffen, nicht unangezweifelt, zumal in Südostasien bereits zahlreiche Todesfälle zu beklagen waren. Meldungen eines chinesischsprachigen Nachrichtendienstes (Boxun), es seien bereits 121 Personen gestorben, blieben unbestätigt. In diesem Zusammenhang erregten aber Nachrichten große Besorgnis, chinesische Bauern würden ihr Geflügel mit einem Grippeserum impfen, das für den Menschen sei, da dies nicht nur

dessen Wirksamkeit bei menschlicher Infektion senken würde, sondern auch zur Mutation des Virus und zu einer möglichen Übertragung von Mensch zu Mensch führen könnte. Die chinesische Regierung wies entschieden zurück, diesen Missbrauch sanktioniert zu haben.

Gerüchte über einen erneuten SARS-Ausbruch wurden im Juli in Hongkong laut, als Patienten Symptome einer mysteriösen Krankheit zeigten, an der in der Provinz Sichuan bereits seit Ende Juni Landarbeiter erkrankt waren, die mit Schweinen und Schafen handelten. Auch in diesem Fall forderte die WHO von Beijing mehr Informationen. Bei dem Erreger handelte es sich laut Experten um ein Bakterium, an dem sich alle Patienten durch direkten Kontakt mit toten oder kranken Schweinen über Wunden ansteckten; eine Übertragung von Mensch zu Mensch hat es den chinesischen Behörden zufolge nicht gegeben, die das Schlachten kranker Schweine in Sichuan daraufhin verboten. Anfang August vermeldete das Gesundheitsministerium 36 Tote, die Zahl der Infizierten war auf insgesamt 189 gestiegen, wobei die Zahl der Infizierten (und der Toten) seit dem Bekanntwerden der Krankheit innerhalb einer Woche von 20 auf 181 äußerst rasch angestiegen war. Das Ministerium, das neun Städte als betroffen bezeichnete, führte dies auf die verschärften Kontrollen zurück. Die WHO wartete Ende Juli noch auf eine Antwort auf ihr Hilfsangebot und ging nicht davon aus, dass die Situation unter Kontrolle war. Hongkonger Reportern war der Zugang zu den betroffenen Städten verwehrt, chinesische Medien sollen aufgefordert worden sein nicht zu berichten.

Das Gesundheitsministerium versprach eine strengere Kontrolle der Produktion und Verabreichung von Impfstoffen, nachdem in der Provinz Anhui 259 Schüler nach einer Hepatitis-Impfung erkrankt und eine Schülerin gestorben war. In der Gemeinde Sixian waren vom Gesundheitszentrum ohne offizielle Genehmigung rund 2.500 Kinder in 19 Schulen geimpft worden. Der Impf-

stoff war aus Kostengründen von einer privaten Firma gekauft und unsachgemäß transportiert worden. Als der Fall bekannt wurde, war er „verschwunden“ und der Händler geflohen. Wenn die Gesundheitsverantwortlichen in Anhui auch nachträglich Massenhysterie für die hohe Anzahl der Kranken verantwortlich machten, so erklärte Minister Gao dennoch, dass bei Einhaltung der Vorschriften die Tragödie hätte verhindert werden können. Es werde nicht zugelassen, dass für die Gesundheit Zuständige Gier über die öffentliche Gesundheit stellten. (XNA, 26., 27., 28.6.05; ST, 11.6., 2.8.05; SCMP, 22., 26., 27., 30.6., 1., 31.7.05; IHT, 23., 29.6., 26.7.05; WSJ, 21., 28., 29.6., 4., 20., 25., 31.7., 1.8.05; FT, 22.6.05; NZZ, 20., 27.7.05; *Sunday Morning Post*, 24.7.05, nach BBC PF, 26.7.05; *Ming Pao*, 31.7.05, nach BBC PF, 2.8.05)

25 Sommerfluten richten große Schäden an

Wie jeden Sommer wurde vor allem der Süden Chinas auch in diesem Jahr von heftigen Regenfällen und Überschwemmungen geplagt, die zu Zerstörungen von Land, Straßen und Gebäuden, Todesfällen unter Menschen und Tieren sowie Umsiedlungen führten. Seit Ende Mai gab es fast täglich neue Fälle und neue Zahlen. Betroffen waren zunächst die Provinzen Hunan, Sichuan und Guizhou, dann die Autonome Region der Zhuang in der Provinz Guangxi, später auch Zhejiang, Fujian, Guangdong und Chongqing. Insgesamt wurden über 20 Provinzen und regierungsunmittelbare Städte durch Stürme, Gewitter und Überschwemmungen in Mitleidenschaft gezogen.

Das Ministerium für zivile Angelegenheiten nannte Ende Juni die Zahl von 567 Toten; 165 Personen wurden noch vermisst, 2,46 Mio. mussten evakuiert werden und die direkten wirtschaftlichen Verluste beliefen sich auf 22,9 Mrd. Yuan (ca. 2,8 Mrd. US\$). Schon Anfang Juni waren insgesamt 17 Mio. Menschen betroffen gewesen und 614.000

ha Farmland zerstört worden. Wenn die Verluste in diesem Jahr bisher auch bereits den Durchschnitt der Jahre seit 1990 übertrafen, so reichten sie doch zum Glück bei Weitem nicht an die Schäden der Jahre 1991 und 1998 heran. Allein im Jahre 1998 starben über 4.000 Menschen, nachdem es zu Deichbrüchen gekommen war. (SCMP, 4.6.05; ST, 6., 23., 24.6.05; XNA, 21., 23., 25., 27.6.05; CD, 4.8.05)

26 Arbeitskräftemangel und steigende Arbeitskosten

Wenn auch einige Berichte davon ausgehen, dass es gelungen sei, den Arbeitskräftemangel in Südchina abzuschwächen, so hält dennoch die Diskussion über die Ursachen und vor allem auch die Folgen dieses Phänomens an, das sich 2003 erstmals bemerkbar machte und dann im Frühjahr 2004 nach dem Frühlingsfest besonders deutlich wurde. Als damals weniger Migranten vom Lande zurückkamen, um Arbeitsplätze zu suchen, gerieten vor allem kleine und mittlere Unternehmen in Schwierigkeiten (vgl. C.a., 2004/8, Ü 13). Im Frühjahr 2005 beschäftigte die Arbeitskräfteknappheit erneut Unternehmer, Politiker und Arbeitsmarktexperten. Für die südliche Provinz Guangdong werden rund zwei Millionen fehlende Arbeitskräfte geschätzt (10% der Nachfrage), für das östliche Fujian 200.000; aber auch Zhejiang, ebenfalls an der Ostküste, und Chongqing im Inland sollen betroffen sein. Da besonders in der arbeitsintensiven Spielzeugproduktion, beim Zusammenbau elektronischer Geräte sowie in der Kleidungsherstellung Arbeitskräfte fehlen, stiegen die Besorgnisse im April/Mai mit dem Beginn des Weihnachtsgeschäfts.

Nicht geklärt ist nach wie vor, ob es sich um eine eher kurzfristige Reaktion auf gestiegene Einkommen auf dem Lande und geringe Bezahlung sowie schlechte Arbeitsbedingungen in der arbeitsintensiven Industrie Südchinas handelt oder ob strukturelle Probleme entscheidend seien. Die australische Arbeitsmarktexpertin Anita Chan

sieht die Knappheit als Folge des geringen und fallenden Lohnniveaus für Bauernarbeiter sowie dem wachsenden Ausmaß ungezahlter Löhne. „Today, it looks like the migrant workers have found their own solution – by withdrawing their labour“. In der Tat dürften trotz der massiven Einflussnahme und Bekundungen selbst der höchsten Partei- und Regierungsspitze für die Rückzahlung ausstehender Löhne immer noch viele Bauernarbeiter auf ihre Löhne warten. Eine Untersuchung des Beijing Youth Legal Aid and Research Centre unter 8.000 Migranten in acht Provinzen ergab, dass die Hälfte von ihnen ihren Lohn noch nicht erhalten hatte. Für November 2004 wurde die Gesamtsumme ausstehender Löhne auf 100 Mrd. Yuan geschätzt, wobei es dem Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbund zufolge – unter Berücksichtigung von Gerichts-, Fahrt-, Unterhaltskosten und Zeit – 300 Mrd. Yuan kosten dürfte, diese Rückstände einzutreiben. Der Staatsrat bereitet derzeit ein Arbeitsvertragsgesetz vor, das auch dieses Problem lösen helfen soll.

Die Stadt Guangzhou nimmt in diesem Sinne für sich in Anspruch, durch die Anhebung des Lohnminimums, bessere Arbeitsmarktinformationen und Kooperation mit den umgebenden neuen Provinzen des Perlflossdeltas das Problem verringert und generell die Arbeitslosenrate gesenkt zu haben. Letztere sei von dem höchsten Stand von 3,76% im Jahre 2001 auf den niedrigsten von 2,42% gefallen, bei einem nationalen Durchschnitt von 4,2%. Der Mindestlohn sei von 510 Yuan im Jahre 2003 um 34% auf 683 Yuan angehoben worden und liege damit nur knapp unter dem neuen Satz Shenzhens (690 Yuan). Shanghai hat das Lohnminimum derweil von 635 Yuan auf 690 Yuan angehoben (der Mindeststundenlohn für Teilzeitarbeit stieg von 5,5 Yuan auf 6 Yuan), Beijing von 545 Yuan auf 580 Yuan (bzw. von 6,8 Yuan auf 7,3 Yuan). Vier Paare von Provinzen und Städten haben darüber hinaus Kooperationen bei der Steuerung von Migranten vereinbart: Beijing-

Anhui, Guangdong-Gansu, Jiangxi-Shaanxi sowie Fujian-Hubei. Die Vereinbarungen schließen Jobinformationen sowie Kooperation bei der Ausbildung und der Sicherung der Rechte von Migranten (und Arbeitgebern) ein.

Eher strukturelle Gründe sehen Erklärungen, die auf demographischen Wandel verweisen. Aufgrund der Ein-Kind-Politik wird die Zahl der 15-19-Jährigen in den nächsten fünf Jahren um 17% abnehmen, von 124 auf 103 Mio., also um 21 Mio. Menschen. Auch würden die Unternehmen Arbeitskräfte suchen, die es so in der Masse nicht gibt: jung, sehr mobil sowie gewillt, für wenig Geld fern von der Familie sehr lange zu arbeiten. Sie würden eine „culture of disposable workers“ vertreten, der entsprechend die Migranten nur minimale Ausbildung erhalten, da sie ohnehin den Betrieb bald wieder verlassen. Durchschnittlich bleiben Arbeitskräfte in Südchina nur 2,1 Jahre auf ihrem Arbeitsplatz.

Jetzt würden allerdings die „Träume“ vieler Unternehmer platzen, da die Arbeitskosten steigen, und zwar für ungelernete ebenso wie für qualifizierte Arbeitskräfte. Die Löhne der Migranten wurden in diesem Jahr in Guangdong um 25-30% angehoben. Arbeiter in Sneakerfabriken in Südchina sollen bereits 30% mehr verdienen als ihre Kollegen in Vietnam oder 15% mehr als die in Indonesien. Für qualifiziertes Personal sei der Wettbewerb so hoch (die RMRB berichtete von 88 freien Stellen für jede hochqualifizierte Kraft), dass z.T. Löhne auf amerikanischem oder europäischem Niveau geboten werden. Hinzu kommen Nebenkosten für Sozialversicherung oder Wohnungen, die als *mandatory benefits* bis zu 40-50% des Gehalts ausmachen können. In Indien betragen diese Kosten nur 16%, in Malaysia 12% und in Indonesien 10-15%.

Angesichts dieser Entwicklungen wird auch mit der Verlagerung von Unternehmen gerechnet. Einige Unternehmer sprechen davon, ins Inland zu gehen, wo zwar die Logistik teurer wird, aber die billigen Arbeitskräfte wohnen, z.B. nach

Chengdu. Befürchtet wird aber auch ein Rückgang der ausländischen Investitionen. Mit dem höchsten Anstieg der Mindestlöhne in den letzten zehn Jahren um 34% hat Südchina das Niveau von Thailand erreicht und liegt mit 70-82 US\$ weit über dem Niveau von Bangladesch (30-50 US\$), Vietnam (45 US\$) und den ländlichen Gebieten Indonesiens (35 US\$). (IHT, 20.4.05; XNA, 26.5., 1.6., 1., 5.7.05; ST, 19., 30.5., 2.7.05; SCMP, 10.6.05; RMRB, 20.7.05; Anita Chan, „Recent Trends in Chinese Labour Issues – Signs of Change“, in: *China Perspectives*, 2005/57, S. 23-31)

27 Hochschulabsolventen sollen an die Basis

Mit dem Ende des Semesters wurde Anfang Juli erneut die Frage akut, wie die erneut auf 3,38 Mio. gestiegene Zahl der Hochschulabsolventen eine Anstellung finden könne. Das Bildungsministerium geht davon aus, dass im letzten Jahr 73% nach Abschluss ihres Studiums eine Beschäftigung gefunden haben, und strebt für 2005 ein ähnliches Ergebnis an. Noch vor fünf Jahren machten die Hochschulabsolventen nur 8% der Arbeitssuchenden aus, jetzt sind es 14%. Dabei ist zugleich die Beschäftigungselastizität in China gesunken: Wurden vor 20 Jahren mit einem Prozent Wachstum noch 2 Mio. Arbeitsplätze geschaffen, sind es heute nur noch 800.000.

Da die Verantwortlichen davon ausgehen, dass es in China generell genügend Arbeitsplätze für Hochschulabsolventen gibt und viele nur deshalb frei bleiben, weil diese bevorzugt in den reicheren Ostprovinzen, in großen Städten und größeren Firmen arbeiten wollen, haben die Organisationsabteilung der KP, das Personal- und das Erziehungsministerium gemeinsam ein Dokument vorgelegt, das Maßnahmen vorsieht, um Hochschulabsolventen dazu anzuregen, zumindest für eine befristete Zeit „an die Basis“ zu gehen. Gemeint sind weniger entwickelte Regionen, kleine und mittlere Städte, das Land und vor allem der Westen Chinas – also

„Gebiete, wo sie vom Vaterland am meisten gebraucht werden“. Anreize sollen Steuer- und Gebührenerleichterungen, Weiterbildungsmöglichkeiten, Erleichterungen bei administrativen Angelegenheiten und vor allem in *hukou*-Fragen, Unterstützung bei der Durchsetzung von Arbeitsrechten und in Lohnfragen, aber auch anschließend bevorzugte Berücksichtigung bei der Anstellung im öffentlichen Dienst bieten.

Die *Volkszeitung* widmete am 15. Juli ihren Spitzenplatz auf der ersten Seite einem Aufruf von Partei- und Regierungschef Hu Jintao an die Absolventen, dem Interesse Chinas zu folgen und für das Ziel einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand in diese Gebiete zu gehen. Bis heute sollen bereits rund 25.000 Absolventen in den Westen gegangen sein, um dort 1-2 Jahre zu arbeiten. In diesem Jahr haben sich bereits 8.602 weitere dazu bereit gefunden. (RMRB, 6., 14., 15.7.05; SCMP, 12.7.05; XNA, 20.6.05)

Außenwirtschaft

Margot Schüller

28 EU und China vereinbarten bilaterales Textilabkommen

Am 10. Juni 2005 einigten sich die EU und China auf neue Regeln im Textilhandel. Das Abkommen ermöglicht der Textilindustrie in der EU eine zeitliche Anpassung bis zum Jahre 2008 und bietet sowohl für Importeure als auch für Exporteure vorhersagbare Rahmenbedingungen. Vorangegangen waren Wochen der Auseinandersetzung um die Frage, wie hoch der Anstieg der Textillieferungen aus China nach dem Auslaufen des internationalen Abkommens über den Textilhandel im Januar 2005 ausfallen soll.

Seit Anfang des Jahres waren die Textillieferungen aus China sprunghaft angestiegen. Nach EU-Angaben war die Zunahme der Im-

Tabelle 1: Importentwicklung von 10 Textilkategorien, die vom neuen Abkommen betroffen sind

Product category	Actual imports Jan-Mar 2005 (based on import data)	Percentage increase compared to Jan-Mar 2004
2 – cotton fabrics	14.048	60
4 – T-shirts	150.665	164
5 – pullovers	65.020	534
6 – men's trousers	104.195	413
7 – blouses	21.927	186
20 – bed linen	4.058	164
26 – dresses	5.834	139
31 – brassières	44.229	63
39 – table+kitchen linen	2.859	61
115 – flax or ramie yarn	1.098	51

Quelle: „EU-China textile agreement 10 June 2005“, Memo 05-2001-Brussels http://europa.eu.int/comm/external_relations/china/intro/memo05_201.htm, Aufruf am 12.6.05.

porte von Pullovern, Männerhosen, Blusen und T-Shirts im Zeitraum Januar bis März 2005 im Vergleich zur Vorjahresperiode besonders hoch (siehe Tabelle 1).

Über die in Tabelle 1 aufgeführten zehn Produktkategorien wurde im EU-China-Textilabkommen eine Einigung getroffen. Insgesamt umfassen die chinesischen Lieferungen im Textilhandel 35 Kategorien. Die Vereinbarung beschränkt das Wachstum der chinesischen Ausfuhren in die EU auf 8-12,5% pro Jahr; das Abkommen betrifft die Jahre 2005, 2006 und 2007. Das Niveau der Lieferungen wird auf einer Basis von zwei bis drei Monaten der vorangegangenen Lieferungen berechnet (siehe Tabelle 2). Die Mengenbeschränkungen gelten seit dem 11.6.2005. Für die Produktkategorien, die von dem Abkommen nicht erfasst werden, wird die EU von ihrem Recht, mögliche Beschränkungen bei den Lieferungen zu verlangen, Gebrauch machen (Artikel 242 des Protokolls über den Beitritt Chinas zur WTO). Die Vereinbarung hat die Form eines „Memorandum of Understanding“.

Über den Zeitablauf der EU-China-Textilverhandlungen veröffentlichte die EU folgende Übersicht („EU-China textile agreement 10 June 2005“, s.o.):

01.01.2005: Ende der Quotenbeschränkungen im internationalen Textilhandel.

06.04.2005: EU-Kommission veröffentlichte Richtlinien für die Nutzung der „Textile Specific Safeguard Clause“ (TSSC), die Niveaus festlegten, über die hinaus die EU Untersuchungen über marktstörende Wirkungen einleiten kann.

24.04.2005: Vorstellung von Daten, die erhebliche Anstiege der Lieferungen in den ersten drei Monaten des Jahres 2005 dokumentierten.

05.05.2005: EU-Kommissar Mandelson trifft mit Handelsminister Bo Xilai zusammen.

17.05.2005: Die Kommission fordert den Einsatz des *urgency procedure* für zwei Textilkategorien, nämlich, T-Shirts und Flachsgarn, die sofortige Konsultationen mit China ermöglichten.

23.05.2005: EU-Mitgliedsstaaten willigten in diese Konsultationen ein.

24.05.2005: EU-Kommissar Mandelson trifft mit Vizeminister und Verhandlungsführer im Textilfragen, Gao Hucheng, in Brüssel zusammen und stimmt ab, dass weitere Konsultationen folgen.